

Nach dem Krieg: Die alliierte Rheinlandbesetzung 1918-1930

Beginn der Besetzung des Rheinlands



Marschall Foch und andere französische Generäle vor einem Salonwagen in Compiègne.

Mit dem Waffenstillstand am 11. November 1918 in Compiègne war der Erste Weltkrieg für die deutsche Bevölkerung offiziell beendet. Die Bewohner des Rheinlandes aber sollten die Auswirkungen der vier Kriegsjahre erst jetzt in voller Tragweite zu spüren bekommen. „*Wohl nirgends ist der Gegensatz zwischen dem Deutschland, das 1914 so stark und siegesfroh hinausgezogen, und dem Deutschland, das im Herbst 1918 durch Krieg und Revolution zerschmettert am Boden lag, so fühlbar gewesen wie am deutschen Rhein.*“ [Anm. 1] schrieb Studienrat Johannes Kohl aus Bingen im Jahr 1930 im Rückblick auf die vorangegangene Besetzungszeit und hatte damit - trotz des nationalistischen Untertons - keineswegs Unrecht.

Die Stationierung amerikanischer, französischer, belgischer und britischer Truppen auf der linken Rheinseite, auf einigen Brückenköpfen rechts des Rheins und eine etwa 10 Kilometer lange entmilitarisierte Zone war bereits im Waffenstillstandsabkommen vorgesehen und begann in Mainz Anfang Dezember mit der Ankunft des Generals Charles Marie Emmanuel Mangin. [Anm. 2]



Die Mainzer Bevölkerung liest die ersten

Bekanntmachungen an der
Litfaßsäule am Höfchen.
[Bild: Heinrich
Wothe/Rheinischer
Heimatverein Mainz e.V.]

„Mit aufgepflanztem Seitengewehr und einer den Deutschen ungewohnten Musik zogen die Soldaten der ‚grande nation‘ ein und bliesen, als gelte es die Mauern Jerichos durch diese Klänge zum Bersten zu bringen“[Anm. 3], berichtete Paul Großmann aus Oppenheim. In Worms „zogen sie durch die Speyererstraße ein nach dem Marktplatz“[Anm. 4] erinnerte sich Kaspar Schmitt „mit lautem Tam-Tam unter den Klängen der furchtbaren aufreizenden Fanfarenmusik.“[Anm. 5] „Der Warnung vor feindseliger Haltung, aber auch vor würdelosem Verhalten den ‚Sieger‘ gegenüber bedurfte es nicht; die Bevölkerung nahm das unabänderliche hin.“[Anm. 6], schilderte Georg Durst aus Alzey und weist somit auf die allgemeine Kriegsmüdigkeit hin, welche die Reaktionen der Bevölkerung beim Einrücken der alliierten Truppen beherrschte.

Außerdem war die Stimmung in hohem Maße durch die kurz zuvor im Zuge der Novemberrevolution hervorgerufenen Unruhen geprägt. Obwohl die von der Arbeiterschaft getragene Erhebung in den Städten und Dörfern auf der linken Rheinseite keine direkten Folgen hatte, führte sie den Bewohnern die politische Lage dennoch klar vor Augen: Das Kaiserreich existierte nicht mehr und von der alten preußischen Ordnung war in dieser innenpolitisch diffusen Phase nichts mehr erkennbar. Aus diesem Grund lässt sich beim Einrücken der Besatzungstruppen rückblickend eine gewisse Erleichterung seitens der Einwohner feststellen, da die Revolution auf den ersten Blick gebannt schien und wieder Ruhe und Ordnung einkehrten.[Anm. 7] Diese neue Ordnung, die nun konsequent Stück für Stück geschaffen wurde, lag zu Beginn der Nachkriegszeit in den Händen des französischen Nachbarn und der Amerikaner. In der französischen Zone hatte Marschall Foch bereits im Vorjahr die Richtlinien für das weitere Vorgehen in der *Instruction sur l'administration civile des territoires occupés* festgehalten, sodass nun viele Städte und Dörfer links des Rheins den französischen Militärbehörden unterstanden. Die Gebiete um Trier und Koblenz befanden sich hingegen unter amerikanischer Besatzung.

Der Friedensvertrag von Versailles



von links: David Lloyd George, Vittorio Emanuele Orlando, Georges Clemenceau, Woodrow Wilson.

Endgültig festgeschrieben wurde die alliierte Rheinlandbesetzung im sog. „*Rheinlandabkommen*“ des Friedensvertrags von Versailles, der am 10. Januar 1920 in Kraft trat.[Anm. 8] Offiziell fungierte die Besetzung als Garantie für die immens hohen Reparationszahlungen bzw. laut Vertragsklausel als „*Sicherheiten für die Ausführung*“ der Versailler Bestimmungen. Sie war, unter der Voraussetzung, dass Deutschland alle Bedingungen des Friedensvertrags erfülle, auf 15 Jahre befristet. Frankreich war aber nicht an einer schnellen Erfüllung des Versailler Vertrags gelegen, sondern an seiner eigenen Sicherheit, die es darin gewahrt sah, das für gefährlich erachtete Deutsche Reich unter Kontrolle zu halten. Man versuchte demnach die Besatzungszeit in die Länge ziehen und Deutschland soweit zu schwächen, dass ein erneuter Aufstieg zur Großmacht nicht mehr möglich sein würde.[Anm. 9] Ziel dabei war jedoch nicht die Annexion der linksrheinischen Gebiete, sondern die Schaffung unabhängiger Staaten nach französischem Vorbild.[Anm. 10] Aus dieser Motivation heraus unterstützten die französischen Militärs separatistische Bewegungen, wie sie vereinzelt in Koblenz, Mainz, Trier und der Pfalz aufkeimten. [Anm. 11]



Georges B. Clemenceau
(*1841 □ 1929)



Thomas Woodrow Wilson
(* 1856 □1924)

In diesem Sinne sprach sich Frankreichs Ministerpräsident Georges Clemenceau im Rahmen der Friedensverhandlungen dafür aus, den linksrheinischen Gebieten einen souveränen, aber gleichsam mit Frankreich verbündeten Status zu verleihen. Dem entgegen stand jedoch das von US-Präsident Woodrow Wilson hartnäckig vertretene Selbstbestimmungsrecht der Völker. Auch England sprach sich gegen die Entmachtung Deutschlands aus, da es in der Mitte des Kontinents eine nicht unbedeutende Position gegenüber dem Ostblock einnähme. Clemenceau konnte seine Pläne nicht durchsetzen. Schließlich veränderte sich die Situation am 10. Januar 1920 dahingehend, dass die Besatzung mit dem Rheinlandabkommen auf eine rechtliche Grundlage gestellt wurde und Frankreich dadurch an Entscheidungsfreiheit verlor. Nun waren es alle Siegermächte, die gemeinsam in der „*Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans*“ (HCITR) über die Begebenheiten auf der linken Rheinseite entschieden. Unter dem Vorsitz Paul Tirards und jeweils einem Vertreter der anderen drei Mächte hatte die HCITR ihren Sitz im Kurfürstlichen Schloss in Koblenz. Offiziell wurden die bestehenden deutschen Verwaltungsstrukturen aufrecht erhalten, zahlreiche Abgeordnete und Kreisdelegierte kontrollierten deren Arbeit jedoch und sicherten die Durchsetzung der Bestimmungen der HCITR auf kommunaler Ebene.[Ann. 12]



Nach Abschluss des Versailler Vertrags ergaben sich also folgende territorialen Begebenheiten auf der linken Rheinseite: Die belgische Zone erstreckte sich im Norden von Kleve über Düsseldorf bis hinunter nach Aachen. Daran schloss sich die erheblich größere französische Zone an, die im Süden bis ins Elsass reichte und ab 1923 sogar die amerikanische Zone um Koblenz und Trier miteinschloss. Inmitten dieser beiden hatte Großbritannien mit der Region um Köln zwar die kleinste Besetzungszone im Zentrum, dafür aber das wirtschaftlich stärkste Gebiet.

Die Situation der Bevölkerung

Mit dem Versailler Vertrag, der unter Ausschluss Deutschlands maßgeblich vom „Rat der Vier“[Anm. 13] bestimmt wurde, wurden der deutschen Bevölkerung schwerwiegende Lasten aufgebürdet. Zu der Anwesenheit ausländischer Truppen im Reich kamen weitreichende Gebietsabtretungen,[Anm. 14] eine umfassende Abrüstung und immens hohe Reparationszahlungen.[Anm. 15] Am folgenschwersten traf die Menschen aber der sogenannte Kriegsschuldartikel. Eine Klausel innerhalb des Vertrags, die besagte, „dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“. Offiziell nahm das Deutsche Reich bei der Unterzeichnung am 28. Juni 1919 somit die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg auf sich.



Ein 1930 vollständig zerstörte Zigarengeschäft eines Separatisten in der Boppstraße in Mainz.[Bild: Bundesarchiv, Bild 102-10072 / [CC-BY-SA]]

Die Bewohner der linken Rheinseite waren im Laufe der vier Kriegsjahre bereits schweren Belastungen ausgesetzt gewesen und mussten sich nun widerwillig diesen harten Friedensbedingungen unterordnen, obwohl sie sich anfangs keineswegs als Kriegsverlierer, geschweige denn Schuldiger, verstanden. Im Gegenteil: In Mainz beispielsweise bereitete man den zurückkehrenden Truppen in den ersten Dezembertagen einen ehrenvollen Empfang.[Anm. 16] Sie sahen sich folglich auf zweierlei Weise gedemütigt: Zum einen mussten sie kaum realisierbare Friedensbedingung und die alleinige Kriegsschuld akzeptieren, zum anderen war man dazu gezwungen, den Initiator dieser Misere, Frankreich, in der eigenen Heimat als neue Führung zu dulden und sich dem einstigen "Erbfeind" zu unterwerfen.



Berlin bettelnder Kriegsinvalid[Bild:

Bundesarchiv, Bild 146-
1972-062-01 / [CC-BY-SA]]

Auf Grund der vollkommen auf Kriegswirtschaft ausgerichteten Wirtschaftsstruktur herrschte zu Beginn der Nachkriegszeit eine akute Lebensmittelknappheit, die durch die bis zum 12. Juli 1919 anhaltende Gütersperre zum rechten Rheinufer nochmals verschlimmert wurde.[Anm. 17] Zusätzlich führte die Rückkehr der deutschen Truppen und die Stationierung der Besatzungstruppen zu Versorgungsproblemen. Der Wiederaufbau der Wirtschaft kam in der Besetzungszeit im Allgemeinen nur schwer voran, da die grundsätzliche Einteilung der Gebiete in Wirtschaftsregionen sowie Verkehrsverbote und Zollgrenzen den regionalen Handel erschwerten.[Anm. 18] Hinzu kam in den frühen 20er Jahren die in ganz Deutschland um sich greifende Inflation.[Anm. 19] Ebenso wie Handel und Wirtschaft nur schwer wieder in Gang zu bringen waren, war an eine Wiederaufnahme des alltäglichen Lebens angesichts zahlreicher verletzter und verstümmelter Soldaten nicht zu denken. Auch der Verlust von Familienangehörigen wirkte sich stark auf die emotionale Befindlichkeit der Menschen aus und führte zu einer ersten Denkmalswelle, die die Gefallenen als treue Vaterlandsdiener in der Erinnerung bewahren sollte.

Die Gegebenheiten in den französisch besetzten Gebieten



Vom 21.
September
1920 bis
zum 28.
November
1925 wird
die
französische
Zeitung
"L'Echo
du Rhin"
in Mainz
herausgegeben
und
richtete
sich vor
allem an
die
anwesenden
Franzosen.
[Bild:
Heinrich
Wothe/Rheinischer
Heimatverein
Mainz
e.V.]



Die
zweisprachige
Zeitung
"Le Rhin
illustré -
Der Rhein
im Bild"
erscheint
vom 10.
Mai 1919
bis zum 4.
September
1920 in
Mainz.
[Bild:
Heinrich
Wothe/Rheinischer
Heimatverein
Mainz
e.V.]

In der französischen Besetzungszone begann man bereits 1918 mit der Schaffung eines Verwaltungsapparats, der ab dem 22. Dezember 1918 als *contrôle général de l'administration des territoires rhénans* vollständig etabliert war und die ersten Instruktionen in Form einer *administration civile* durchsetzte. Ferner gehörte das Verbot des Postverkehrs, der Zeitungen und der Verbreitung von Büchern und Flugschriften zu den ersten Maßnahmen der französischen Militärbehörde.[Anm. 20] So wurde in Mainz ab 1919 die französischsprachige Zeitung *L'Echo du Rhin* und im Anschluss an die Separatistenbewegung das zweisprachige, General Mangin nahestehende Blatt, *Le Rhin illustré – der Rhein im Bild* herausgegeben.



Die erste Verfügung des französischen Oberbefehlshabers der Rheinarmee vom 9.12.1918 [Bild: Heinrich Wothe/Rheinischer Heimatverein Mainz e.V.]

Neben den ersten organisatorischen Maßnahmen betonte man die historisch gewachsene Verbundenheit des Rheinlands zu Frankreich und bemühte sich, soweit es möglich war, von Beginn an um eine kulturelle Annäherung an Frankreich. Dazu gehörten die Wiederbelebung des Napoleonkultes, die Aufführung französischer Theaterstücke und die Verbreitung französischer Literatur. [Anm. 21] In Gonsenheim wurde beispielsweise unentgeltlicher Sprachunterricht in Französisch angeboten und in Marienborn wurde anlässlich des französischen Nationalfeiertags im Gasthaus Braunwarth ein Fest gegeben, zu welchem jeder Bürger eingeladen war. [Anm. 22]

Auf deutscher Seite trat man diesen Versuchen französischer Kulturpolitik der *pénétration pacifique* [Anm. 23] meist mit Argwohn entgegen. Vielfach kursierten sogar Gerüchte von französischen Kolonialsoldaten, die Gewalttaten begingen und im Rheinland ihr Unwesen trieben.



Soldat der tunesischen Kavallerie.
[Bild:
Heinrich
Wothe/Rheinischer
Heimatverein
Mainz
e.V.]



Offizier des algerischen Regiments.
[Bild:
Heinrich
Wothe/Rheinischer
Heimatverein
Mainz
e.V.]

In Mainz veröffentlichte Franz Joseph Spang 1930 eine Auflistung aller Geschehnisse im Kreis Mainz, Bingen, Alzey, Worms und Oppenheim, die auf einer Befragung [Anm. 24] der jeweiligen Bürgermeistereien beruhten und eine Vielzahl solcher Vorwürfe beinhalteten: Aus Finthen wird beispielsweise Folgendes berichtet: „*Als schwarze Truppen hier lagen, wurden des Abends junge Mädchen und Frauen derart belästigt, daß Niemand mehr die Straße betreten konnte. In einem Falle wurden zwei Mädchen von zwei schwarzen Soldaten verfolgt, bis in die Zimmer der Mädchen hinein.*“ [Anm. 25] Außerdem soll der Sekretär des Bürgermeisters „*in einen Stall eingesperrt und 8 Tage festgehalten*“ [Anm. 26] worden sein, weil er die französischen Instruktionen nicht lesen konnte. „*Die farbigen Truppen misshandelten einige Zivilpersonen schwer*“ [Anm. 27] wird für Klein-Winterheim verzeichnet und in Essenheim war das Kolonial-Inf.-Regt. Nr 52 „*gegen die Bevölkerung gewalttätig und verhängte Kontributionen und Strafen.*“ [Anm. 28] Auch hier sei es „*zu gewaltigen Prügeleien, wobei der Bürgermeister, Polizeidiener und Gendarmeriewachtmeister in ihrer Behausung schwer misshandelt wurde,*“ [Anm. 29] gekommen. „*Auf dem Rochusberge wurde eine Binger Bürgerin von einem farbigen französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt*“ [Anm. 30] und auch in Marienborn soll „*ein Neger*“ [Anm. 31] ein junges Mädchen vergewaltigt haben, woraufhin sein Bruder sich erschoss und dann auf dem dortigen Friedhof begraben wurde. Allein Sponsheim ließ in der Umfrage verlauten, dass „*das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Militär [...] im allgemeinen schiedlich friedlich*“ [Anm. 32] gewesen sei.



Aus Tunesien stammende Soldaten in Mainz. [Bild: Heinrich Wothe/Rheinischer Heimatverein Mainz e.V.]
[Bild: Heinrich Wothe/Rheinischer Heimatverein Mainz e.V.]

Im Gegensatz dazu wurden in Worms nachts schwarze Listen ausgehängt, damit diejenigen, „*die offenkundig mit den Besetzungsangehörigen in Beziehung standen [...] öffentlich gebrandmarkt werden.*“ [Anm. 33] Diese Demütigungen bezogen sich insbesondere auf „*schamlose Frauenzimmer*“ [Anm. 34], die „*mit den Franzosen in Verkehr*“ getreten waren und Kinder geboren hatten, die in der Besatzungszeit als sogenannte Utschebebbes beschimpft wurden. Dementsprechend liest man 1930 in der rheinhessischen Chronik: „*Die traurigsten Folgeerscheinungen dieses Entgegenkommens treten als krausköpfige, schwarze Kinder in Erscheinung.*“ [Anm. 35] Alles in allem gilt dieses in der Zwischenkriegszeit verbreitete Bild des wilden, französischen Soldaten heute als weitgehend

unbegründet - auch wenn von ca. 85.000 in Deutschland stationierten Soldaten tatsächlich 30.000 bis 40.000 afrikanischer Abstammung waren.[Anm. 36]

Die Gegebenheiten in den amerikanisch besetzten Gebieten

Während in Rheinhessen bereits der Mythos des gewalttätigen französischen Kolonialsoldaten aufkeimte, waren die Gebiete um Trier und Koblenz noch amerikanisch besetzt. Die Stationierung von bis zu 250.000 Soldaten der US-Army wurde von Major General Henry T. Allens von Koblenz aus geleitet und dauerte von November 1918 bis Januar 1923 an.[Anm. 37] Anders als in Rheinhessen lässt sich hier rückblickend ein im Großen und Ganzen friedliches Zusammenleben von Amerikanern und Deutschen feststellen, das von vielen Zeitgenossen im Vergleich zur anschließenden französischen Besatzungszeit aufgewertet wurde.[Anm. 38]



Zwei amerikanische Soldaten an der Grenze zum amerikanisch besetzten Brückenkopf bei Montabaur, 1919

Zu Beginn der Besetzung musste eine große Anzahl amerikanischer Militärs unter anderem in den Privatwohnungen der Zivilbevölkerung untergebracht werden, sodass sich die von General Pershing erlassene Anti-Fraternisation-Order, die den amerikanischen Soldaten den Kontakt mit den Einheimischen verbot, rasch als unrealistisch erwies.[Anm. 39] Vielmehr zeichnete sich im alltäglichen Miteinander binnen kürzester Zeit die Überwindung des gegenseitigen Misstrauens und die Relativierung der auf beiden Seiten bestehenden Klischees ab. Denn abgesehen von einigen überlieferten Beschwerden über das Kaugummikauen, den rücksichtslosen amerikanischen Fahrstil und einem (wohl der Prohibition geschuldetem) ausschweifenden Alkoholkonsum, verhielten sich die amerikanischen Soldaten weitgehend diszipliniert und zeigten sich der deutschen Kultur gegenüber aufgeschlossen. Ebenso veranstaltete die amerikanische Militärbehörde Box- und Ringkämpfe, die den Einwohnern die amerikanische Kultur näherbrachten, sodass durchaus von einem interkulturellen Austausch gesprochen werden kann.[Anm. 40]



Die französische
Fahnenwache auf der
Festung Ehrenbreitstein.
[Bild: Bundesarchiv, Bild
102-08792 / [CC-BY-SA]]

Durch die auch in der amerikanischen Zone wirksame Pressezensur erschien ab 1919 die amerikanische Tageszeitung „The Amaroc News.“ Sie diente in erster Linie als Informationsquelle für die amerikanischen Soldaten, lässt jedoch auch das Bestreben erkennen, ein freundschaftliches Verhältnis zur deutschen Bevölkerung aufzubauen. So wurden beispielsweise auch deutsche Leserbriefe, Gedichte und Werbung für ortssässige Geschäfte abgedruckt.[Anm. 41] Wie bereits exemplarisch aus Worms berichtet, ging auch hier das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten oftmals über diese freundschaftlichen Beziehungen hinaus: 1.851 amerikanisch-deutsche Kinder, zu deren Absicherung 1925 eigens eine Stiftung eingerichtet wurde, zählte man am Ende der amerikanischen Besetzungsphase. Gesuchen der Amerikaner, ihre deutschen Liebschaften heiraten und mit in die USA nehmen zu dürfen, wurde unter bestimmten Umständen ebenfalls stattgegeben.[Anm. 42] Vor diesem Hintergrund wurde der Abzug der letzten 1.200 an Rhein und Mosel stationierten Soldaten der American Forces in Germany (AFG) und die Ankunft des französischen Militärs im Januar 1923 von vielen Einwohnern als Verschlechterung wahrgenommen.

Der Ruhrkampf 1923



Französische Militärs
während des Ruhrkampfes.
[Bild: Bundesarchiv, Bild
183-R09876 / [CC-BY-SA]]

Ein Grund dafür war der etwa zur gleichen Zeit beginnende Ruhrkampf. Die deutsche Regierung hatte sich auf Grund der katastrophalen Wirtschaftssituation für zahlungsunfähig erklärt, woraufhin am 10. Januar 1923 ca. 100.000 belgische und französische Soldaten unter dem Vorwand, eine Ingenieurskommission zu begleiten, in das rechtsrheinische Ruhrgebiet einmarschierten. Die Bevölkerung wurde sogleich zum passiven Widerstand aufgerufen und legte die Arbeit nieder. Das Resultat war die monatelange Stilllegung der kompletten Monatanindustrie. Die interalliierte Rheinlandkommision reagierte ihrerseits auf die Geschehnisse mit zahlreiche Sanktionen und Ausweisungen. So wurden beispielsweise Dr. h. c. Albert Boehringer und sein Sohn 1923 aus Hessen ausgewiesen, da die Arbeiter der Firma zuvor den Franzosen die Hilfe bei der Entgleisung eines Zuges versagt hatten.[Anm. 43] Familien der Eisenbahnmitarbeiter wurden unter anderem in Worms (700) [Anm. 44] in Gonsenheim (31)[Anm. 45] und in Bingen (700)[Anm. 46] ausgewiesen. Auch der 1923 amtierende Bürgermeister Neff musste Bingen verlassen und dessen Beigeordneter Heinrich Pennrich wurde, nachdem er den französischen Beamten den Dienst verweigerte, sogar inhaftiert.[Anm. 47] Diesen Zwangsmaßnahmen konnten die Einheimischen nichts entgegensetzen, sodass der Ruhrkampf im September erfolglos fallengelassen werden musste.[Anm. 48]

Erst ein Jahr später, nachdem sich die Regierung mit der Westhilfe der problematischen Lage der Bewohner der linken Rheinseite angenommen hatte, die dortige Zollgrenze aufgehoben wurde und die USA mit dem Dawes-Abkommen eine allmähliche Stabilisierung des europäischen Finanzmarktes bewirkten, verbesserte sich die Lebenssituation der Rheinländer allmählich. [Anm. 49] In Alzey konnte im Jahr 1927 beispielsweise bereits ein Wiederaufbauprogramm durchgeführt werden, das neben Wohnungen auch die Selzregulierung und den Bau eines Stadions beinhaltete.[Anm. 50]

Deutsch-Französische Annäherung



Die Beratungen in Locarno:
Briand mit dem deutschen
Außenminister Stresemann
und dem englischen
Außenminister
Chamberlain.[Bild:
Bundesarchiv, Bild 183-
R03618 / [CC-BY-SA]]

Eine kurzfristige Veränderung des angespannten Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich erfolgte im Oktober 1925 mit den Verträgen von Locarno. Auf Initiative des deutschen Außenministers Gustav Stresemann und seines französischen Amtskollegens Aristide Briand bewirkten die am 10.

September 1926 in Kraft tretenden Verträge von Locarno eine deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse in den besetzten Gebieten. Die Provinzial- und Kreisdelegierten im Rheinland wurden abberufen, die unzähligen Verordnungen der HCITR entschärft oder abgeschafft und der territoriale Status quo an der Westgrenze gesichert, sodass sich auch auf emotionaler Ebene eine gewisse Erleichterung breit machte.[Anm. 51] Dennoch konnte diese letzte Annäherung, für welche beide 1926 bekanntlich den Friedensnobelpreis erhielten, die bereits überall hörbaren Rufe nach nationaler Geltung und den baldigen Aufstieg der Nationalsozialisten nicht mehr aufhalten.

Das Ende der alliierten Rheinlandbesetzung



Der Abzug aus Koblenz.
[Bild: Bundesarchiv, Bild 102-08807 / [CC-BY-SA]]



Französische Soldaten verlassen Trier.[Bild: Bundesarchiv, Bild 102-09919 / [CC-BY-SA]]

Das Ende der alliierten Rheinlandbesetzung

Markus Würz weist in seiner Dissertation *Kampfzeit unter französischen Bajonetten*“ darauf hin, dass bereits seit 1918 eine *nationalistische Aufladung*“ in den besetzten Gebieten zu beobachten ist, die den Aufstieg der NSDAP in Rheinhessen begünstigte.[Anm. 52] Ein Grund stellte der Nationalismus dar, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg die Mobilisierung großer Bevölkerungsteile begünstigte und sich vor allem gegen Frankreich richtete:

„Traditionelles Leitmotiv der französischen Außenpolitik in der Geschichte war es“ so schreibt Studienrat Dr. Johannes Kohl aus Bingen im Jahr 1930 „den Rhein als natürliche Grenze anzusehen und die Rheinstellung mit allen Mitteln zu erkämpfen. Diesen Versuch in einem Land, das seinem innersten Wesen nach deutsch und in den Jahrhunderten des Mittelalters der geistig und politisch führende Kern des Reiches gewesen, festen Fuß zu fassen, muss stets als ein Angriff auf das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Rheinlandes gesehen werden.“ [Anm. 53] Im Anschluss nennt er hierfür historische Beispiele, angefangen vom Dreißigjährigen Krieg, über Napoleon I. und Napoleon III. bis zu seiner Gegenwart und dem Ende der alliierten Rheinlandbesetzung und fragt: „Wer aber möchte behaupten, daß die jüngste Besetzung in gleicher Weise in kultureller und politischer Hinsicht Segen gebracht, daß die Scharen, die Frankreich zu unserer Zeit aus Afrika an den Rhein geführt, wie dereinst Kulturträger gewesen sind?“ [Anm. 54] Hierin spiegelt sich die gemeinsame Empörung über die Friedensbedingungen, das strikte Besetzungsregime und die vermeintliche Handlungsunfähigkeit der neuen Weimarer Regierung wieder, die zusammen mit der allgegenwärtigen Erfahrung der Fremdherrschaft zu verschärften nationalistischen Bestrebungen führte und Johannes Kohl zu dem Schluss kommen lies, dass, „nachdem auch diese Fremdherrschaft wieder einmal bei uns ihr Ende gefunden hat, [...] wir uns wünschen und hoffen, daß es diesmal die letzte gewesen, daß unser liebes Bingen fürderhin sein und bleiben möge eine freie deutsche Stat am freien deutschen Rhein.“ [Anm. 55]



Reichspräsident Hindenburg und Ministerpräsident Otto Braun zur Feier anlässlich des Endes der alliierten Besetzung des Rheinlands in Koblenz am 22. Juli 1930. [Bild: Bundesarchiv, Bild 102-10168 / [CC-BY-SA]]

Innerhalb des skizzierten mentalen Klimas wurde die Räumung der ersten Besetzungszone im Norden 1926 bereits überschwänglich gefeiert. Nach der Konferenz in Den Haag 1929 und der Revision der Reparationszahlungen wurde die zweite Zone geräumt und mit Abschluss des Young-Plans am 20. Mai 1930 rückten auch die letzten französischen Truppen aus dem Rheinland ab. In Mainz kommentierte der Provinzialdirektors der Provinz Rheinhessen Herrn Dr. Wehner Mainz die sogenannte Rheinlandbefreiung am 1. Juli 1930 mit folgenden Worten:

„Die Sklavenketten sind gefallen und leuchtend strahlt die Sonne der Freiheit wieder über dem schönen rheinhessischen Lande! Tief bewegt und mit heißem Herzen grüße ich Euch, ihr endlich befreiten

hessischen Bürger am freien deutschen Rhein. Am längsten und am schwersten hat der Druck der fremden Besatzung auf euch gelegen. Knirschend zwar, doch ohne Murren habt ihr die schmerzliche Last für das gesamte deutsche Vaterland getragen und ihm in tiefster Not trotz aller Lockungen und Gefahren die Treue gehalten, die Euch niemals vergessen werden wird. Voll Stolz und Dankbarkeit gedenken wir in dieser frohen Feststunde Eures manhaften Ausharrens, das alle Anschläge auf die Loslösung rheinhessischen Gebietes von der deutschen Heimat zu Schaden gemacht und den kommenden Geschlechtern ein leuchtendes Beispiel dafür gegeben hat, wie treue Lieder zum großen deutschen Vaterland nicht nur durch Taten, sondern auch im Dulden und Ertragen sich bewährt. Ich bin gewiß, daß Reich und Land nach Kräften sich bemühen werden,, die schweren Wunden zu heilen, die eine nahezu 12jährige Besetzung Euch geschlagen hat. Möge die wiedergewonnene Freiheit der Provinz Rheinhessen ein mächtiger Ansporn sein, alle Kräfte zu einem hohen, wirtschaftlichen Aufschwung anzuspannen, das ist mein ehrlichster Wunsch!"

[Anm. 56]



Die feierliche Enthüllung des Befreiungs-Denkmales auf dem Schillerplatz in Mainz. Vorn im Wagen stehend der Reichspräsident von Hindenburg während der Rede des Mainzer Oberbürgermeisters Dr. Külp. [Bild: Bundesarchiv, Bild 102-10160 / [CC-BY-SA]]

Wenige Tage später ließ man am Schillerplatz das Befreiungsdenkmal des jüdischen Künstlers Benno Elkan errichten. Die Steinskulptur in Form einer nackten Frau sorgte jedoch für moralisches sowie politisches Aufsehen und wurde drei Jahre später von den Nationalsozialisten beschmiert und beschädigt, schließlich auf Anweisung des Oberbürgermeisters entfernt und wenig später wegen ihres jüdischen Urhebers zerstört.

Verfasser: Katharina Thielen

Erstellt am 13.06.2013, akt. 17.06.2015

Literatur:

- Barnes, Alexander: *In a strange Land. The American Occupation of Germany 1918–1923*. Atglen 2011.
- Cornebise, Alfred: *The Amorac News. The Daily Newspaper of the American Force in Germany, 1919-1923*. Illinois 1981.

- Kißener, Michael: *Grundzüge der historischen Entwicklung*. In: Kreuz - Rad - Löwe. Rheinland-Pfalz, ein Land und seine Geschichte. Mainz 2012. S. 57-150.
- Nordblom, Pia: *Wirtschaftsgeschichte*. In: Kreuz - Rad - Löwe. Rheinland-Pfalz, ein Land und seine Geschichte. Mainz 2012. S. 259-328.
- Rödder, Andreas: *Zwischen Besatzung und Besetzung: Möglichkeiten und Grenzen deutsch-französischer Verständigung zwischen den Weltkriegen*: In: Frankreich am Rhein - vom Mittelalter bis heute. Stuttgart 2009. S. 199-217. (Mainzer Vorträge 13)
- Süss, Martin: *Rheinhessen unter französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924*. Stuttgart 1988. (Geschichtliche Landeskunde 31)
- Würz, Markus: *Kampfzeit unter französischen Bajonetten. Die NSDAP in Rheinhessen in der Weimarer Republik*. Stuttgart 2012. (Geschichtliche Landeskunde 70)
- Wothe, Heinrich [Hrsg.]: *Rheinhessen. Ein Heimatbuch Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930 mit 213 Abbildungen aus Rheinhessen und seiner Besetzungszeit*. Mainz 1930.

Anmerkungen:

1. Kohl, Johannes: Besatzungsgeschichte der Stadt Bingen (1918-1930), in: Rheinhessen. Ein Heimatbuch Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930 mit 213 Abbildungen aus Rheinhessen und seiner Besetzungszeit. Hrsg. v. Heinrich Wothe. Mainz 1930, S. 85-93, hier S. 86.
2. Nach Süss, S. 8 verfolgte Mangin (im Gegensatz zu dem ebenfalls anwesenden General Fayolle) von Anfang an eine Politik des Entgegenkommens, sodass er in der Folgezeit separatistische Bestrebungen in Rheinhessen vorantrieb.
3. Großmann, Paul: Aus der Besetzungszeit in Oppenheim und Nierstein (1918, 1939), in: Rheinhessen. Ein Heimatbuch Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930 mit 213 Abbildungen aus Rheinhessen und seiner Besetzungszeit. Hrsg. v. Heinrich Wothe. Mainz 1930, S. 101-104, hier S. 101.
4. Schmitt, Kaspar: Worms und seine Besatzungsgeschichte, in: Rheinhessen. Ein Heimatbuch Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930 mit 213 Abbildungen aus Rheinhessen und seiner Besetzungszeit. Hrsg. v. Heinrich Wothe. Mainz 1930, S. 94-100, hier S. 94.
5. Ebd.
6. Durst, Georg: Alzey in der Besetzungszeit (1918-1930), in: Rheinhessen. Ein Heimatbuch Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930 mit 213 Abbildungen aus Rheinhessen und seiner Besetzungszeit. Hrsg. v. Heinrich Wothe. Mainz 1930, S. 105-110, hier S. 105.
7. Köhler, S. 117.
8. Mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1919 verpflichteten sich die besetzten Gebiete gleichzeitig zu einem Fortdauern der Besatzung. Dabei standen nun alle das linke Rheinufer betreffenden Maßnahmen nicht mehr unter dem Einfluss des Militärs, sondern unter der Führung der „Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans“ (Interalliierte Hohe Ausschuss für die Rheinlande).
9. Köhler, S. 114.
10. Zu den verschiedenen Meinungen zum Umgang mit Deutschland siehe Süss, S. 35-41.
11. Hier gab es jedoch, wie Kißener, S. 97 anmerkt, zahlreiche verschiedene Gruppierungen, die alle ein anderes Ziel verfolgten und hier nicht im Einzelnen thematisiert werden können. Zum Separatismus in Rheinhessen siehe Süss, S. 203-233 und Würz, S. 56-60.
12. Zum Verhältnis der HCITR und den deutschen Beamten siehe Würz, S. 48f.
13. Insbesondere beeinflussten die USA mit Woodrow Wilson, der britische Premierminister David Lloyd George, Frankreichs Präsident Georges Clemenceau und der italienische Ministerpräsident Vittorio Orlando die Bestimmungen des Versailler Vertrags.
14. 70 000 qkm, d.h. 13% des Staatsgebietes und 6,6 Mio Menschen (10% der Bevölkerung): Elsass-Lothringen, Westpreußen und Posen, Teile Ostpreußens und Hinterpommerns, ferner auch die Besitzungen in Übersee.
15. Nach vielfachen Diskussionen wurden sie im März 1921 auf 132 Mrd. Goldmarkt, eine nahezu unbezahlbare Summe, festgesetzt. Sie sollten zunächst jährlich mit 2 Mrd. abbezahlt werden.
16. Davon berichtet Süss, S. 3.
17. Zur Wirtschaftssituation am Anfang der Besetzungszeit siehe Süss, S. 17-21. Zu den Verkehrs- und Kommunikationsverboten auch Würz S. 41-44.
18. Nordblom, S. 297.
19. Große Teile des Rheinlandes hatten zwar (unter Aufsicht der jeweiligen Besatzungsmacht) an der Wahl der neuen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 teilgenommen, Kißener S. 96 weist aber darauf hin, dass das Inkrafttreten der Weimarer Verfassung, d.h. die Werdung des demokratischen Rechtsstaats im Rheinland kaum hinreichend beachtet wurde. Vgl. Süss, S. 31-35.
20. Durst, S. 105.
21. Angesichts der schwierigen Situation innerhalb der Dörfer und Städte fanden solche kulturellen Veranstaltungen nach Kißener, S. 97 zunächst wohl kaum in einem mit der napoleonischen Zeit vergleichbaren Umfang statt und konnten

- auch nicht in solchem Umfang durchgeführt werden.
22. Vom Sprachunterricht eines Offiziers berichtet Spang, S. 112. Durst, S. 113, erzählt, dass in Marienborn „hielten die Franzosen im Gasthaus Braunwarth eine Festlichkeit ab, wozu sie durch die Ortsschelle sämtliche Einwohner einluden.“
 23. Süß, S. 41-55 führt diese Strategie der friedlichen Durchdringung aus, vgl. ebenso Würz, S. 43f.
 24. Spang, Franz Joseph: Die Franzosen halten rheinhessische Dörfer besetzt, in: Rheinhessen. Ein Heimatbuch Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930 mit 213 Abbildungen aus Rheinhessen und seiner Besatzungszeit. Hrsg. v. Heinrich Wothe. Mainz 1930, S. 111 – 121.
 25. Spang, S. 111.
 26. Ebd.
 27. Spang, S. 113
 28. Spang, S. 111.
 29. Ebd.
 30. Spang, S. 114
 31. Spang, S. 113f.
 32. Spang, S. 116.
 33. Durst, S. 107.
 34. Ebd.
 35. Ebd.
 36. Hierzu Rödder, S. 899.
 37. Nach Abzug der Third Army 1919 belief sich die Zahl der American Forces in Germany (AFG) 1919 auf bis 10.000 und verringerte sich bis 1922 auf 1.200. Hierzu Barnes, Alexander: In a strange Land. The American Occupation of Germany 1918–1923. Atglen 2011, S. 8–12, S. 97 und S. 203.
 38. Vgl. Barnes, S. 8 und S. 244.
 39. Nach Barnes, S. 107.
 40. Zum Alkoholkonsum siehe Barnes, S. 20f. 19 Zum freundlichen Umgang miteinander siehe Ebd., S. 77. Über Beliebtheit der Rhein-Romantik, Ausflügen an die Mosel oder dem Besuch des deutschen Theaters wird bei Ebd., S. 110 und S. 143 berichtet.
 41. Zur Zeitung siehe allgemein Cornebise, Alfred: The Amorac News. The Daily Newspaper of the American Force in Germany, 1919-1923. Illinois 1981.
 42. Barnes, S. 144.
 43. Hierzu Kißener, S. 97.
 44. Schmitt, S. 120.
 45. Spang, S. 112.
 46. Spang, S. 114
 47. Kohl, S. 89
 48. Nordblom, S. 197. Zu den konkreten Auswirkungen des Ruhrkampfes in Mainz siehe ausführlich Süß, S. 175–200.
 49. Nordblom, S. 298.
 50. Durst, S. 109.
 51. Süß, S. 247.
 52. Exemplarisch Würz, S. 45.
 53. Kohl, S. 85.
 54. Kohl, S. 86. Vgl. ebenso Schmitt S. 94
 55. Kohl, S. 93.
 56. Geleitwort, in: Rheinhessen. Ein Heimatbuch Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930 mit 213 Abbildungen aus Rheinhessen und seiner Besatzungszeit. Hrsg. v. Heinrich Wothe. Mainz 1930.